



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
Postfach 103439 • 70029 Stuttgart

Elektronischer Versand

An alle Stromnetzbetreiber in der
Zuständigkeit der LRegB Baden-Württemberg
sowie die Bundesnetzagentur

Stuttgart 13.05.2013

Name Herr Köditz

Durchwahl 0711 126-1245

E-Mail Karl.Koeditz@um.bwl.de

Aktenzeichen 4-4455.7/38

(Bitte bei Antwort angeben!)

Nachrichtlich:

VfEW Baden-Württemberg e.V.

VkU Landesgruppe Baden-Württemberg

Rundschreiben 01/2013

Anhörung zur beabsichtigten Festlegung nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 3 ARegV

Hier:

Festlegung zur Verwendung anderer Parameter zur Ermittlung des Erweiterungsfaktors nach § 10 Abs. 2 S. 2 Anreizregulierungsverordnung (ARegV) für Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen i.S.d. § 3 Nr. 2 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft als Landesregulierungsbehörde (LRegB) beabsichtigt, zur Fortführung der bisherigen Festlegung - „Festlegung EEG-Anlagen Erweiterungsfaktor“ vom 22.06.2011 (Az. 6-4455/7-31) - eine neue Festlegung zu erlassen, nach der für ab dem 01.01.2012 erstmalig betriebsbereite und in das Stromverteilernetz einspeisende EEG-Anlagen mit einer Anschlussleistung > 2 kWp zusätzlich zu einem ggf. zu gewährenden allgemeinen Erweiterungsfaktor im Rahmen der Anreizregulierung ein EEG-Erweiterungsfaktor gewährt werden kann, wenn ein dahingehender Antrag bis 30.06.2013 gestellt wird und bis zum 30.06.2013 die Antragsunterlagen vollständig bei der LRegB eingegangen sind. Diese neue Festlegung soll für Entscheidungen über den EEG-Erweiterungsfaktor ab 01.01.2014 Gel-

tung erhalten. Hierbei wird sich die LRegB einen künftigen Widerruf - nach Ablauf eines oder mehrerer Jahre - vorbehalten.

Wesentliche Änderung ist die geplante Absenkung der Gewichtung bei (seit dem 01.01.2012) hinzugekommenen EEG-Anlagen mit einer Anschlussleistung > 2 kWp, deren Einspeisepunkte auch Anschlusspunkte in der Niederspannungsebene sind, von 0,30 auf 0,25.

Hinweis: Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass die aktuelle Novelle zur Stromnetzentgeltverordnung und zur Anreizregulierungsverordnung unter Umständen nach Abschluss des Bundesratsverfahrens Änderungen im System der kostenorientierten Netzentgeltbildung mit sich bringen könnte, die eventuell auch die Vorschriften der §§ 10, 23 ARegV tangieren. Deswegen ist die neue Festlegung mit einem Widerrufsvorbehalt ausgestattet, um die Überlegungen des Ordnungsgebers berücksichtigen zu können.

Die neue Festlegung folgt weitgehend der bisherigen Festlegung und soll folgenden Inhalt haben:

I. Tenor

1. Der Parameter „EEG-Anlagen nach § 3 Ziffer 1 EEG mit einer Anschlussleistung > 2 kWp“ (EEG-Anlage) wird für Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen als Parameter nach § 10 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 ARegV festgelegt.
2. Als EEG-Anlagen im Sinne dieser Festlegung gelten ab dem 01.01.2012 erstmalig an das Stromverteilnetz des Antragstellers betriebsbereit angeschlossene und in das Stromverteilernetz einspeisende EEG-Anlagen nach § 3 Ziffer 1 EEG mit einer Anschlussleistung > 2 kWp. Es wird jeweils auf den Stand zum 31.12. des letzten Kalenderjahres abgestellt.
Erweiterungen vorhandener Anlagen gelten als Anlagen in diesem Sinne, wenn sie mindestens 2 kWp leisten können und 80% der Anschlussleistung der bereits vorhandenen Anlage, mit der sie verbunden sind, erreichen.
3. Der EEG-Erweiterungsfaktor (EEG-EF) berechnet sich dabei anhand der Formel:

$$\text{EEG-EF} = \frac{AP_{0,\text{Netz}} + EEG_{t,\text{Netz}}}{AP_{0,\text{Netz}}} - 1$$

dabei ist:

$AP_{0,\text{Netz}}$ Anzahl der Anschlusspunkte über alle Ebenen im Basisjahr

$EEG_{t,\text{Netz}}$ **0,25** je seit dem 01.01.2012 hinzugekommener EEG-Anlage, mit einer Anschlussleistung > 2 kWp, deren Einspeisepunkte auch Anschlusspunkte in der Niederspannungsebene sind

1,00 je seit dem 01.01.2012 hinzugekommener EEG-Anlage mit einer Anschlussleistung > 2 kWp, deren Einspeisepunkte nicht Anschlusspunkte in der Niederspannungsebene sind, soweit diese nicht bereits als zusätzliche Anschlusspunkte im Rahmen des allgemeinen Erweiterungsfaktors berücksichtigt worden sind

3,00 je seit dem **01.01.2012** hinzugekommener EEG-Anlage mit einer Anschlussleistung > 2 kWp in der Mittelspannungsebene

10,00 je seit dem **01.01.2012** hinzugekommener EEG-Anlage mit einer Anschlussleistung > 2 kWp in der Hochspannungsebene

4. Anträge im Sinne dieser Festlegung sind bis zum 30.06. eines Kalenderjahres in elektronischer (per E-Mail an LRegB@um.bwl.de oder per CD/DVD) und in Schriftform bei der LRegB zu stellen. Dem Antrag ist der Erhebungsbogen in schriftlicher und elektronischer Form beizufügen.

(Der Erhebungsbogen ist abrufbar auf der Internetseite der LRegB unter der Adresse <http://www.versorger-bw.de/versorger-in-baden-wuerttemberg/hinweise-erhebungsboegen/downloads.html>) [Redaktionelle Anm.: Der EHB wird noch aktualisiert, vgl. Ziff.2.3 letzter Satz.]

5. Die Festlegung gilt für Entscheidungen über einen EEG-Erweiterungsfaktor, der ab dem Jahr 2014 berücksichtigt werden soll.

6. Der Widerruf der Entscheidung bleibt vorbehalten.
7. Diese Entscheidung ist gebührenpflichtig.
Die Gebührenfestsetzung bleibt einer gesonderten Entscheidung vorbehalten.

II. Gründe

1. Verfahrensverlauf

Die LRegB hat am 22.06.2011 die erste Festlegung zur Verwendung anderer Parameter zur Ermittlung des Erweiterungsfaktors nach § 10 Abs. 2 S. 2 Anreizregulierungsverordnung (ARegV) für Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen i.S.d. § 3 Nr. 2 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) – Festlegung EEG-Anlagen Erweiterungsfaktor - erlassen. Am 24.05.2011 hat die LRegB die Einleitung des zugehörigen Konsultationsverfahrens auf ihrer Internetseite bekannt gemacht und Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Auch zum jetzigen Zeitpunkt wird den Stromnetzbetreibern in der Zuständigkeit der LRegB wieder die Gelegenheit zur Stellungnahme eingeräumt. Diese sollte bis zum 31.05.2013 erfolgen.

2.1 Zuständigkeit

Für Festlegungen besteht gemäß § 54 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 EnWG eine Zuständigkeit der Landesregulierungsbehörde, wenn und soweit die Entscheidung über Regulierungsvorgaben nach § 21a EnWG in ihre Zuständigkeit fällt. Dies ist der Fall, wenn an das Netz des betreffenden Elektrizitätsversorgungsnetzbetreibers weniger als 100.000 Kunden unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind und das Elektrizitätsversorgungsnetz nicht über das Gebiet eines Landes, hier das Land Baden-Württemberg, hinausreicht. Dabei sind allerdings nur Gebietsüberschreitungen innerhalb des Geltungsbereichs des EnWG gemeint, d.h. sofern ein Elektrizitätsversorgungsnetz über das Gebiet des Landes Baden-Württemberg ins benachbarte Ausland, beispielsweise in die Schweiz, hinausreicht und weniger als 100.000 Kunden unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind, bleibt die LRegB zuständige Regulierungsbehörde (vgl. für die gleichartige Regelung in § 48 GWB, Bechtold GWB-Kommentar, 4. Auflage, Rz. 6 zu § 48).

2.2 Rechtliche Grundlagen

Die Festlegung sonstiger Parameter gemäß § 10 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 ARegV erfolgt auf der Grundlage des § 29 Abs. 1 EnWG in Verbindung mit § 32 Abs. 1 Nr. 3 ARegV.

2.3 Verfahren

Anträge i.S. dieser Festlegung sind bis zum 30.06. eines Kalenderjahres schriftlich und per E-Mail bei der LRegB zu stellen. Dem Antrag ist der beigefügte Erhebungsbogen in schriftlicher und elektronischer Form beizulegen.

Im Einzelfall behält sich die LRegB vor, nähere Angaben anzufordern.

Der Erhebungsbogen ist vollständig ausgefüllt und ohne Veränderung der Struktur – beispielsweise durch unzulässiges Einfügen oder Streichen von einzelnen Tabellenblättern, Spalten oder Zeilen – zu übermitteln.

Der im Internet veröffentlichte Erhebungsbogen im Excel-Format („EHB_EEG-EF.xls“) wird noch auf den neuesten Stand gebracht und ist Bestandteil dieser Festlegung.

2.4 Berechnungsgrundlagen und Voraussetzungen

Hinsichtlich des Parameters „EEG-Anlagen nach § 3 Ziffer 1 EEG mit einer Anschlussleistung > 2 kWp“ wird jeweils auf den Stand zum 31.12. des letzten Kalenderjahres abgestellt. Dabei sind im Rahmen des erstmaligen Antrags oder späterer Anträge Parameteränderungen ab dem 01.01.2012 berücksichtigungsfähig. Demzufolge wird jeweils auf die Veränderung der Anzahl der EEG-Anlagen gegenüber dem 31.12.2011 abgestellt.

Beträgt der EEG-EF $\geq 0,005$, bedarf es keiner Nachweise zur Erheblichkeitsschwelle i.S. des § 10 Abs. 2 Satz 3 ARegV; anderenfalls gelten die Anforderungen an die Kostennachweise zu den Parametern „Fläche des versorgten Gebietes“, „Ausspeisepunkte“ und „Jahreshöchstlast“ analog.

Allerdings haben die Antragssteller schriftlich zu bestätigen, dass Kosten des EEG-bedingten Netzausbaus in den relevanten zukunftsbezogenen Antragszeiträumen nicht in den Anträgen bzw. in den Kostennachweisen zur Berechnung der Erheblichkeitsschwelle bei zugleich gestellten allgemeinen Erweiterungsfaktoransträgen enthalten sind oder zukünftig geltend gemacht werden.

In eventuellen Sonderfällen kann die LRegB einen höheren Ansatzwert je EEG-Anlage gewähren; hinsichtlich der Entscheidungsmaßstäbe hierzu gilt § 23 Abs. 6 ARegV entsprechend.

Ausgeschlossen sind Testanlagen und solche, die für den Netzbetreiber in den nächsten 5 Jahren erkennbar zurückgebaut werden sollen.

Der Gesamterweiterungsfaktor ergibt sich aus der Addition des allgemeinen Faktors mit dem EEG-EF, wobei der allgemeine Faktor mindestens 1 beträgt.

2.5 Verhältnis zum allgemeinen Erweiterungsfaktor und zum Investitionsbudget

Der EEG-EF wird zusätzlich zum allgemeinen Erweiterungsfaktor gewährt, unbeschadet des Erreichens oder Nichterreichens der Erheblichkeitsschwelle im allgemeinen Erweiterungsfaktorverfahren.

Den Netzbetreibern bleibt es unbenommen, für EEG-bedingte Netzinvestitionen einen Antrag nach § 23 Abs. 6 ARegV zu stellen. Soweit der Netzbetreiber einen Investitionsmaßnahmenantrag nach dieser Vorschrift stellt, ist der Parameter „EEG-Anlagen nach § 3 Ziffer 1 EEG mit einer Anschlussleistung > 2 kWp“ dieser Festlegung ausgeschlossen, um eine Mehrfachanrechnung zu vermeiden; d.h. ein Investitionsmaßnahme gem. § 23 Abs. 6 ARegV für EEG-bedingte Netzinvestitionen schließt die Anerkennung eines EEG-EF aus. Es bleibt dabei aber dem Netzbetreiber überlassen abzuwägen, welche Variante der Kostenberücksichtigung für ihn die bessere Variante darstellt.

2.6 Gewichtungsfaktor für EEG-Anlagen, deren Einspeisepunkte auch Anschlusspunkte in der Niederspannungsebene sind

In der bisherigen, noch bis einschließlich 31.12.2013 geltenden Festlegung der LRegB vom 22.06.2011 war bei der Berechnung des Teil-Summanden $EEG_{t,Netz}$ ein Gewichtungsfaktor von 0,30 je seit dem 01.01.2009 hinzugekommener EEG-Anlage mit einer Anschlussleistung > 2 kWp, deren Einspeisepunkte auch Anschlusspunkte in der Niederspannungsebene sind, angesetzt.

Nach Ansicht der LRegB ist dieser Faktor nunmehr herunterzusetzen. Grund dafür ist die Änderung der Vorschrift des § 6 EEG mit Wirkung vom 01.01.2012 durch Einfügung eines Abs. 2. Hiernach besteht nun für PV-Anlagen nicht nur bei einer installierten Leistung von mehr als 100 Kilowatt, sondern auch bei einer installierten Leistung zwischen 30 und 100 Kilowatt eine Pflicht zur Teilnahme am Einspeisemanagement (Ausstattung mit Einrichtungen zur ferngesteuerten Reduzierung der Einspeiseleistung und zur Abrufbarkeit der Ist-Einspeisung). Bei PV-Anlagen bis höchstens 30 Kilowatt ist die Teilnahme am Einspeisemanagement freiwillig; sollten die Netzbetreiber solcher Anlagen allerdings nicht teilnehmen, so müssen sie die maximale Wirkleistungseinspeisung am Verknüpfungspunkt durch technische Maßnah-

men dauerhaft reduzieren, und zwar auf maximal 70 % der installierten Leistung. Dadurch wird sichergestellt, dass der Netzausbau nicht auf die maximale Einspeisespitze der Anlage ausgerichtet sein muss. Somit ergeben sich Erleichterungen für die Netzbetreiber. Insgesamt dient die Regelung des § 6 Abs. 2 EEG der Herstellung der Netzsicherheit.

3. Gelegenheit zu Stellungnahme

Die Netzbetreiber und die Bundesnetzagentur erhalten Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 31.05.2013.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
gez.
Köditz